

Epilog: Gekommen, um zu bleiben / Über unser Grundverständnis

Dresden bedeutet für seine Bürger Heimat, ist für viele der Lebensmittelpunkt, der Arbeitsplatz oder in sonstiger Weise bedeutsam. Dresden ist unser aller Gemeinwesen. Es am Maßstab von Vernunft und Gerechtigkeit mitzugestalten, ist das tief in uns verankerte Anliegen im noch jungen, aber keineswegs schüchternen "Bündnis Sahra Wagenknecht", dem BSW.

Mit inhaltsleeren Formeln, die Demokratie auf eine Frage des guten Willens reduzieren, wissen wir nichts anzufangen. Demokratie entsteht durch aufrechte Gesinnung und durch rechtsstaatliches Handeln - und gewiss nicht durch Ausgrenzung als störend wahrgenommener Ansichten. Wir müssen abweichende Meinungen wieder zu ertragen lernen, auch wenn sie der eigenen "konträr entgegenstehen" - denn wirkliche "Demokratie braucht den freien Dialog!" (O. Lafontaine, 2024).

Viele erinnern sich noch gut, mit welchen hehren Zielen sie 1990 ins vereinigte Deutschland gekommen sind; sie sehen aber auch, was nach gut dreißig Jahren daraus geworden ist. Dies konnte nur geschehen, weil das bürgerschaftliche Engagement zunehmend zur elitären Sache gemacht geworden ist. Mit uns, dem BSW, holen sich die Menschen die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) im ursprünglichen Sinne zurück. Die Maßstäbe unserer Verfassung (dem Grundgesetz) sind identisch mit dem Wertekanon unserer Partei: Sie lauten Vernunft und Gerechtigkeit!

„Die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen.“ (H.-J. Papier). Und die Verwaltung dient dem Bürger - nicht umgekehrt! Wir treten an, dem sachbezogenen und fairen Dialog in Stadtrat und Stadtgesellschaft wieder Geltung zu verschaffen. Dies bedeutet aber nicht, in kumpelhafter Weise Fehlentscheidungen mitzutragen oder gar auf Amtsmissbrauch deutende Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien des lieben Friedens willen hinzunehmen.

Mit dem BSW wird der Umgang überall dort mühelos sein, wo Transparenz und Aufrichtigkeit dominieren und wo den Gesetzen und Regeln ohne Ansehen von Personen Geltung verschafft wird. Aus unserer Sicht richtige Sachziele werden wir gemeinsam mit allen zu erreichen suchen, die guten Willens sind und am Gelingen (statt am Scheitern) interessiert.

Es gibt mit uns keine fundamentale Gesprächsverweigerung, doch dies bedeutet auch keine unendliche Kompromissbereitschaft. Die Grenze der Zusammenarbeit liegt dort, wo der rechtsstaatliche Rahmen überdehnt oder überschritten würde.

Das BSW macht keine haltlosen Versprechen. Nach 34 Jahren städtischer Parteibuchwirtschaft bedarf es zuallererst einer gründlichen Bestandsaufnahme. Alle bisherigen Stadtregierungen haben Klientel-Interessen zu Lasten der schweigenden Mehrheit bedient. Damit muss Schluss sein! Das BSW wird daher seine Hand bevorzugt jenen reichen, die zu einer soliden Politik zurückzukehren gewillt sind.

Ansonsten fürchten wir uns auch nicht vor einer fundamental-rechtsstaatlichen Opposition.

Wir suchen den Kontakt zum Bürger auch noch nach der Wahl und werden den Dialog mit Ihnen fortsetzen. Helfen *Sie* uns dabei, damit *wir* wissen, was wir für *Sie* tun können - damit es wieder vernünftig(er) und gerecht(er) wird - in dieser, unser aller Stadt!

Lassen Sie uns am 9. Juni 2024 damit beginnen!